

Die Diktate des Imperiums 08.07.2011

LIMA/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit erheblicher Skepsis beobachtet Berlin die Vorbereitungen des designierten peruanischen Präsidenten Ollanta Humala auf die Übernahme seines Amtes Ende Juli. Peru ist ein bedeutender Rohstofflieferant der Bundesrepublik. Bis vor kurzem galt Humala als Anhänger einer Politik, wie sie von Venezuela und Bolivien betrieben wird; EU und USA lehnen deren Streben nach größerer Eigenständigkeit und nach Abwehr des Einflusses westlicher Konzerne ab. Der zukünftige Präsident Perus hat nun zugesagt, Wirtschaftsinteressen des Westens nicht zu beschädigen. Dennoch warnt die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNP), Humala habe angekündigt, alle Freihandelsabkommen des Landes zu überprüfen, darunter auch das Freihandelsabkommen mit der EU. Diesem messen deutsche Konzerne erhebliche Bedeutung bei, weil sie erhebliche Mengen an Rohstoffen aus Peru beziehen - darunter Kupfer und Silber. Zukünftige Auseinandersetzungen zeichnen sich nicht nur hierüber ab, sondern auch über den außenpolitischen Kurs der Regierung in Lima. Während Berlin in der jüngsten Zeit dazu beigetragen hat, die bedeutendsten neoliberalen Staaten Lateinamerikas zu einem "Pazifikbündnis" zusammenzuführen, um es gegen Venezuela und Bolivien in Stellung zu bringen, will Humala von diesem Kurs Abstand nehmen. Er strebt einen Zusammenschluss Lateinamerikas gegen die hegemoniale Einflussnahme von USA und EU an.

Rohstoffe

Peru besitzt für Berlin und den Westen spürbare ökonomische Bedeutung. Es ist größter Silber- und zweitgrößter Kupfer- und Zink-Produzent der Welt. Bei weiteren Rohstoffen - Gold, Blei, Zinn, Quecksilber und Molybdän - gehört es zu den sechs bedeutendsten Produzenten überhaupt. Damit ist es auf dem Rohstoffsektor nach Brasilien und Chile die Nummer drei in ganz Lateinamerika. Für Deutschland ist nicht nur günstig, dass die peruanische Regierung das Land für westliche Bergbaukonzerne weit geöffnet hat, sondern auch, dass es zur Zeit ein Freihandelsabkommen mit der EU ratifiziert.[1] Da Peru beispielsweise zu den wichtigsten Kupferlieferanten der Bundesrepublik gehört, erhoffen sich deutsche Unternehmen Vorteile von der Übereinkunft. Deutschland kann ökonomischen Einfluss in Peru geltend machen: Es ist der wichtigste europäische Handelspartner des Landes. Zudem ist Peru der größte Empfänger deutscher Entwicklungsgelder in ganz Lateinamerika.

Kursstürze

Aufgrund der Milliardenengeschäfte, die ausländische Konzerne in Peru realisieren, hat der Wahlsieg des Bündnisses Gana Perú ("Peru gewinnt") und seines Kandidaten Ollanta Humala weltweit große Aufmerksamkeit erregt. Humala war dafür bekannt, eine Politik nach dem Vorbild Venezuelas und Boliviens betreiben zu wollen, die mit den bestehenden inneren Machtstrukturen bricht, Firmen aus dem Ausland nicht mehr begünstigt und teilweise auch zum Mittel der Verstaatlichung greift. Diese Politik entspricht den Vorstellungen insbesondere der verarmten indigenen Bevölkerungsteile Perus und den Forderungen der sozialen Bewegungen im Land; sie kann deswegen auf eine breite Basis hoffen. Vom Westen wird sie hingegen abgelehnt. Unmittelbar nach Humalas Wahlsieg brach der Börsenindex in Lima um 12,5 Prozent ein, die Aktienkurse einzelner Bergbaukonzerne fielen um mehr als 20 Prozent. Einige westliche Firmen kündigten an, ihre Investitionspläne zu überprüfen. Diese Drohung besitzt beträchtliches Gewicht: Allein im Bergbau sind in den kommenden Jahren Investitionen in einer Höhe von mehr als 40 Milliarden US-Dollar vorgesehen.[2] Peru ist faktisch vom Bergbau abhängig.

Sorge um den Freihandel

Die deutschen Reaktionen auf Humala sind gespalten. Führende Firmenkreise geben Entwarnung. So weist der Hamburger Lateinamerika Verein (LAV) darauf hin, dass Humala sich vor den Wahlen vom venezolanisch-bolivianischen Modell distanziert und Reformen nach brasilianischem Vorbild angekündigt hat. Der frühere brasilianische Präsident Lula da Silva und seine Nachfolgerin Dilma Rousseff stehen in Lateinamerika für eine Politik, die zwar Finanzmittel für die Armutsbekämpfung bereitstellt, aber die inneren Machtstrukturen sowie die Privilegien für ausländische Konzerne nicht wirklich in Frage stellt. Der Lateinamerika Verein spricht von "Reformen ohne Destabilisierung" und rechnet damit, dass Humala tatsächlich Lula und Rousseff folgt. Weil Peru ein

kontinuierliches Wirtschaftswachstum aufweise und seine Schulden zuletzt erfolgreich abgebaut habe, könne es sich "Sozialprogramme tatsächlich leisten", urteilt der Außenwirtschaftsverband.[3] Weitaus skeptischer gibt sich die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung. In einer kürzlich publizierten Analyse schreibt sie, Humalas Ankündigung, "in der parlamentarischen Verabschiedung befindliche Freihandelsabkommen überprüfen und nachverhandeln zu wollen", sei "besorgniserregend".[4] Tatsächlich will der neue Präsident, der am 28. Juli sein Amt antreten wird, auch das Freihandelsabkommen Perus und Kolumbiens mit der EU "überprüfen". Das Abkommen stößt schon lange auf heftigen Protest.[5]

Pazifikbündnis gegen ALBA

Während Berlin und deutsche Wirtschaftskreise die Vorbereitungen des neuen Präsidenten auf die Amtsführung und insbesondere seine wirtschaftspolitischen Schritte sorgfältig beobachten, zeichnet sich ein Kurswechsel Perus in der Außenpolitik recht deutlich ab. Der noch amtierende peruanische Präsident Alan García hat alles daran gesetzt, die Beziehungen Perus zu Chile, Kolumbien und Mexiko zu intensivieren; er hat zuletzt ein "Pazifikabkommen" ("Acuerdo del Pacifico") mit diesen Staaten auf den Weg gebracht, das noch im April in Lima unterzeichnet wurde. Chile, Kolumbien und Mexiko sind nicht nur wirtschaftliche Schwergewichte in Lateinamerika, sie werden außerdem sämtlich von neoliberalen Kräften regiert; damit bilden sie einen Gegenpol zu den von Venezuela angeführten ALBA-Staaten [6], die sich der entschiedenen Abkehr vom Neoliberalismus und einer größeren Eigenständigkeit gegenüber den USA und der EU verschrieben haben. Die Vorbereitungen auf das "Pazifikabkommen" wurden etwa von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) mit Sympathie begleitet. Es entstehe in Lateinamerika derzeit "eine neue Linie von Tordesillas" [7], hatte die damalige konservative EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner 2008 auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Bestrebungen erklärt, ein "pazifisches Modell" gegen ALBA in Stellung zu bringen; sie hatte dem Projekt die Unterstützung der EU zugesagt. Im selben Jahr hatte Kanzlerin Merkel drei Staaten Lateinamerikas besucht, um die Kooperation mit ihnen zu vertiefen - Peru, Kolumbien und Mexiko.

Spaltungsversuche

Das "Pazifikabkommen" wird als Gegenmodell zu ALBA mit Ollanta Humala nicht zu halten sein. Das Ziel des Bündnisses mit Chile, Kolumbien und Mexiko sei "offensichtlich", heißt es in einem peruanischen Pressekommentar: "Diejenigen Staaten zu vereinen, die den Diktaten des Imperiums am stärksten unterworfen sind, und die gemeinsame lateinamerikanische Front zu spalten." Entsprechend habe der noch amtierende peruanische Präsident Alan García eine "feindliche" Politik etwa auch gegen Bolivien betrieben - "ein Land, mit dem uns Geschichte, Geografie, Kultur und sogar Ethnizität vereinen". "Dieser Irrtum" werde nun "glücklicherweise" beendet.[8] Humala hat tatsächlich angekündigt, nicht nur die Beziehungen Perus zu Bolivien zu intensivieren, sondern sich auch für die Einigung Südamerikas einzusetzen. Demgegenüber sollen ideologische Differenzen in den Hintergrund treten. Sein Konzept zielt darauf ab, Spaltungsversuche durch die USA und die EU abzuwehren und damit den lateinamerikanischen Staaten neue Spielräume zu verschaffen. Wie es in dem zitierten Pressekommentar heißt, kann der Versuch, eine gesamtlateinamerikanische Einheit zur Erlangung größerer Eigenständigkeit gegenüber den westlichen Hegemonialzentren zu schaffen, auf Ansätze bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurückblicken.[9] Berlin hingegen wird die Pläne, die europäisch-US-amerikanische Dominanz über Lateinamerika abzuschütteln, kaum ohne Widerstand hinnehmen. Sollte Peru das "Pazifikabkommen" kündigen und sich ALBA annähern, werde es "die Gruppe der Demokratien verlassen, die ein bedeutendes Wirtschaftswachstum aufweisen", heißt es warnend bei der Friedrich-Naumann-Stiftung - ein klarer Hinweis, dass Peru für diesen Fall mit heftigen Gegenmaßnahmen der reichen Hegemonialmächte zu rechnen hat.[10]

[1] Wirtschaftsentwicklung - Peru 2010; 28.06.2011

[2], [3] Wahlen 2011 in Peru: "Ollanta - der neue Lula?" www.lateinamerikaverde.de 07.06.2011

[4] Héctor Ñaupari, Ulrich Wacker: Präsidentschaftswahlen in Peru: Wohin steuert Ollanta Humala? Bericht aus aktuellem Anlass No. 27/2011, 15.06.2011

[5] s. dazu [Eine neue Kolonisation](#), [Ein Umweltordnungsplan](#) und [Ein blutiger Meilenstein](#)

[6] ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América) gehören gegenwärtig Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Kuba, Nicaragua, St. Vincent und die Grenadinen und Venezuela an.

[7] Harald Neuber: CDU baut an ideologischer Mauer durch Lateinamerika; amerika21.de 15.05.2008. Der Vertrag von Tordesillas teilte 1494 Lateinamerika in eine spanische und eine portugiesische Einflussphäre auf.

[8], [9] Por la unión de nuestra América; www.diariolaprimeraperu.com 08.06.2011

[10] Héctor Ñaupari, Ulrich Wacker: Präsidentschaftswahlen in Peru: Wohin steuert Ollanta Humala? Bericht aus aktuellem Anlass No. 27/2011, 15.06.2011

info@german-foreign-policy.com